



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

30. Juli

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

Nr. 50

Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äussern

Bericht 225

Rom, den 29. Juli 1914

Angekommen 31. 7. 14.

Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien wurde hier gestern abend etwa um $1/29$ Uhr durch Ausgabe von vierten Auflagen der Abendblätter bekannt. Die Nachricht wurde ohne besondere Aufregung aufgenommen, und in den Strassen war von Demonstrationen nichts zu bemerken. Das Publikum ist der Ansicht, dass der österreichisch-serbische Streit Italien nicht angehe, Italien könne den Zuschauer spielen, es bleibe *alla finestra*.

Der Ansicht, dass Italien an dem Streit nicht interessiert sei, tritt der Berliner Korrespondent des „Giornale d'Italia“ in dem ehrerbietigst angefügten Artikel¹⁾ entgegen. Er sagt, Deutschland habe Interesse daran, dass Österreich-Ungarn nicht als Macht ausgeschaltet werde, weil Deutschland sonst vereinzelt zwischen die feindlichen Mächte Frankreich und Russland eingekeilt würde.

Italien hätte ein Interesse daran, dass Deutschland als Macht erhalten bleibe, weil Italien sonst ganz Frankreich ausgeliefert würde, wobei die Folgen gar nicht auszudenken seien. Deshalb sei Italien an das Schicksal Deutschlands gebunden. Italien dürfe sich nicht desinteressieren; in dem Augenblick, wo Russland sich darüber zu entscheiden habe, ob es mit den Waffen eintreten soll oder nicht, würde es schwer in die Wagschale fallen, wenn es hörte, dass Italien Zuschauer bleiben wolle, während es sonst einen Feind mehr zu bekämpfen haben würde.

v. d. Tann

Nr. 51

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Wien, den 30. Juli 1914; 2¹⁰ vorm.Angekommen 3⁴⁵ vorm

Im Ministerium des Äussern liegen amtliche Nachrichten von der Mobilisierung Russlands vor.

Tucher

¹⁾ Liegt bei.

Nr. 52

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Berlin, den 30. Juli 1914; 1⁴⁰ nachm.Angekommen 3⁵⁰ nachm.

Reichskanzler mitteilt, dass Deutschland Vermittlungsversuch in Wien macht auf Grundlage, dass Österreich Erklärung in Petersburg wiederholt, keinen dauernden Territorialerwerb zu beabsichtigen und Besitzstand Serbiens nicht tangieren zu wollen, sondern lediglich zu bezwecken, durch temporäre Besetzung Garantien zu erhalten, dass Serbien österreichische Wünsche erfüllt; daneben Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys auf gleicher Basis, der durch Reichskanzler zur ersten Erwägung nach Wien weitergegeben ist. Reichskanzler hat umgehend zustimmende Antwort erbeten. Bis Eintreffen österreichischer Antwort bleibt Zustand der drohenden Kriegsgefahr, worauf Mobilmachung folgen würde, aufgeschoben. Reichskanzler gibt Hoffnung nicht ganz auf, obgleich seine Vermittlungsaktion durch russische Mobilisierung sehr erschwert.¹⁾

Lerchenfeld

Nr. 53

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Berlin, den 30. Juli 1914; 4⁰⁰ nachm.

Nachricht des „Lokalanzeigers“, dass die deutsche Mobilisierung angeordnet sei, ist falsch.

Lerchenfeld

Nr. 54

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Berlin, den 30. Juli; 7²⁵ nachm.

Grey hat in Wien vorgeschlagen:
Österreich solle Belgrad und andere Plätze besetzen. Dann sollen die Mächte gemeinsam auf Serbien Druck üben, dass es die österreichischen Forderungen annimmt. Kaiser Wilhelm hat soeben telegraphisch von Kaiser Franz Joseph Zustimmung zum Vermittlungsvorschlag erbeten.

Lerchenfeld

¹⁾ Vorher telephonisch nach München berichtet.

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate ¹⁾

Bericht 410

Berlin, den 30. Juli 1914

Heute habe ich endlich den Reichskanzler gesehen. Er hatte mich schon wiederholt bestellt gehabt, war aber bisher jedesmal verhindert worden, mich zu empfangen.

Er beauftragte mich, Sr. M. dem König zu melden, dass er seit zwei Tagen mehrere Briefe und Telegramme angefangen habe, um darin Sr. M. die Lage zu schildern, dass aber jedesmal vor der Fertigstellung eine Änderung der Lage eingetreten sei, die den begonnenen Bericht vollständig überholt hätte.

Über die heutige Lage könne er mir folgendes mitteilen:

Deutschland habe es übernommen, mit einer Vermittlungsaktion einzusetzen. Er — der Kanzler — habe dem Wiener Kabinett den Rat erteilt, in Petersburg zu erklären, dass Österreich-Ungarn mit seiner Aktion gegen Serbien keine Territorialerwerbung anstrebe und auch nicht beabsichtige, den Besitzstand Serbiens zu tangieren, dass es sich vielmehr nur um eine temporäre Besetzung serbischer Gebietsteile handle zu dem Zweck, von Serbien Garantien für künftiges Wohlverhalten zu erzwingen, da auf die blossen mündlichen wie schriftlichen Erklärungen der serbischen Regierung nichts zu geben sei.

Er habe in Wien geltend gemacht, dass es darauf ankomme, Russland ins Unrecht zu setzen.

Sir Edward Grey habe in der gleichen Richtung durch ihn — den Reichskanzler — auf Österreich-Ungarn zu wirken versucht und habe sich stark gemacht, wenn Österreich-Ungarn diese Erklärung in Petersburg abgebe, Russland zur Mässigung zu veranlassen.

Ausserdem finde ein Austausch von Telegrammen zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren statt. Die ersten Depeschen, in denen der Zar das Vorgehen Österreichs als ungerechtfertigt hinstellte, und der Kaiser es erklärte, hätten sich gekreuzt.

Vorläufig wäre von Wien noch keine Antwort da. Der Kanzler habe aber heute nacht in energischster Weise dem Wiener Kabinett erklärt, dass Deutschland sich nicht in das Schlepptau der Balkanpolitik Österreichs stellen könne. Für den Fall, dass Österreich zustimmend antworte, gebe der Reichskanzler die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens nicht auf. Sicher sei dies aber nicht, da die von Russland bereits vorgenommene Mobilisierung den russischen

¹⁾ Nach den Münchener Akten auszugsweise telephonisch nach München übermittelt.

Rückzug sehr erschwere. Das Vorgehen Deutschlands werde dadurch sehr erschwert, dass man nicht wisse, was bei den getroffenen Massregeln in Russland und Frankreich Bluff oder Ernst sei.

Solange die österreichische Antwort nicht eingetroffen sei, gehe Deutschland nicht damit vor, den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“ zu erklären, dem, wie die Dinge in Deutschland lägen, die Mobilisierung, und zwar nach unserer Militärverfassung die Mobilisierung der ganzen Armee, folgen müsse. Lange dürfe mit der Entscheidung in Deutschland nicht gezögert werden, da wir sonst gegen Russland und Frankreich ins Hintertreffen kämen.

Vorläufig sei man in Deutschland, nachdem schon die Beschützung gewisser Kunstbauten (Brücken, Tunnel, Funkspruchanlagen usw.) durch die Polizei verfügt worden sei, dazu übergegangen, auch den militärischen Schutz zu verfügen.

Gegen Deutschland habe Russland noch nicht mobilisiert.

Italien stehe zum Dreibund und habe nur eine gewisse Modifikation seiner Hilfeleistung angekündigt.

Die Haltung von Bulgarien und Rumänien sei unsicher.

England habe keinen Zweifel gelassen, dass, wenn der Krieg ausbreche, es nicht in der Lage sei, ruhig zuzusehen. England werde mit den Ententemächten gehen.

Der Reichskanzler äusserte zum Schluss: Es sei traurig, sagen zu müssen, dass gewissermassen durch elementare Kräfte und die langdauernde Verhetzung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt wäre, den kein Staat wünsche.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 56

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate ¹⁾

Bericht 414

Berlin, den 30. Juli 1914 ²⁾

Zum Telegramm von gestern

Ew. Exz. beehre ich mich in Ergänzung meiner telegraphischen Meldung von heute Nachstehendes geh. zu berichten:

Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, dass kein Anlass gegeben sei, besondere Massnahmen bezüglich der Heimschaffung mittelloser Deutscher aus Frankreich zu treffen.

¹⁾ Telephonische Mitteilung nach München vorher 7⁴⁵ nachm.

²⁾ Der Bericht erfolgte auf eine Anfrage, ob die bayerische Vertretung in Paris Gelder für Heimschaffung bayerischer Staatsangehöriger angewiesen erhalten solle.

Solange Deutschland dort konsularisch vertreten sei, sei es Sache der deutschen Konsularbehörden, für die Heimschaffung der Deutschen Sorge zu tragen. Diese Verpflichtung erstreckte sich selbstverständlich auch auf die bayerischen Staatsangehörigen.

Von dem Augenblick an, in dem die deutschen Vertretungen aus Frankreich abberufen würden, trete diejenige fremde Mission in Tätigkeit, der der Schutz der deutschen Staatsangehörigen übertragen werde.

Archiv und Kasse werde der betreffenden Mission übergeben, und es würde ihr dann in der gleichen Weise wie sonst der deutschen Vertretung obliegen, für die Heimschaffung der deutschen Staatsangehörigen Sorge zu tragen.

Besondere Massnahmen der k. Regierung für bayerische Staatsangehörige hält das Auswärtige Amt unter diesen Umständen nicht für veranlasst.

Nach Ansicht der Reichsleitung hätte die von dem k. Ministerresidenten in Paris angeregte Massregel sogar gewisse Bedenken, insofern nämlich, als bares Geld dem Zugriff der französischen Regierung ausgesetzt wäre.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 57

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 286

Wien, den 30. Juli 1914

Die Situation hat sich seit gestern bedeutend verschärft, da Russland die Mobilisierung seiner südwestlichen Militärbezirke, das heisst von 12 Armeekorps, angeordnet hat.

Minister Sasonow hat sich den Botschaftern Pourtalès und Szápáry gegenüber beklagt, dass Graf Berchtold keinen Gedankenaustausch zulasse, und dass die unverhältnismässig grosse Zahl 8 der mobilisierten Armeekorps eine Spitze gegen Russland habe. Die Mobilisierung der 12 Armeekorps sei noch nicht der Krieg, sondern nur eine Vorsichtsmassregel; auch beabsichtige er noch nicht, den Botschafter Schebeko von Wien abzuberufen.

Graf Pourtalès hat erwidert, dass hierauf auch Deutschland zum Kriegsvorbereitungszustand werde übergehen müssen. Graf Szápáry klärte das Missverständnis auf, indem er darlegte, Graf Berchtold habe nur eine Diskussion der Notentexte und des Konfliktes mit Serbien abgelehnt, während er und er selbst (Szápáry) jederzeit zur Besprechung der österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen bereit sei. Die Zahl 8 der Armeekorps sei nach den seinerzeit in

Bosnien und der Herzegowina gemachten Erfahrungen und in Anbetracht der feindseligen Haltung Montenegros nicht zu gross. In Betreff der russischen Mobilmachung machte er auf den schlechten Eindruck, den die Massregel in Österreich-Ungarn machen müsse, aufmerksam. Bei Empfang der Telephonnachricht, dass Belgrad beschossen werde, geriet Herr Sasonow in solche Aufregung, dass die Fortsetzung der Konversation unmöglich wurde.

Aus Paris liegt dem Ministerium des Äussern die Meldung vor, dass Frankreich militärische Vorbereitungen treffe. Baron Schoen soll dieselben bei dem Minister Viviani zur Sprache bringen und darauf hinweisen, dass Deutschland die gleichen Massregeln werde ergreifen müssen, was eine grosse Beunruhigung verursachen würde.

Kaiser Wilhelm und der Zar haben Telegramme, die sich kreuzten, ausgetauscht. Kaiser Wilhelm telegraphierte, der Zar soll sich der Serben, die es jetzt nicht verdienen, nicht annehmen; Österreich-Ungarn habe vollkommen recht, energisch gegen Serbien vorzugehen, am Schlusse wird an die Friedensliebe des Zaren appelliert.

Der Zar sagt in seinem Telegramm, Österreich-Ungarn sei vollkommen im Unrecht, über Serbien herzufallen, Russland stehe hinter Serbien. Kaiser Wilhelm möge in Wien kalmierend einwirken.

Der Gegensatz dieser zwei Telegramme ist beredt, eine Brücke zwischen beiden ist nicht denkbar.

Tucher

Nr. 58

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Bericht 86

Bleistift-Aufzeichnung

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

Bericht vom 27. N. 85 nachzutragen, dass Kanzlertelegramm warmen Appell an Deutsch-Russische freundschaftliche Beziehungen enthielt. Siehe Notiz vom 28. Mittags. Direkte Verständigung mit Wien erscheint ganz gescheitert, zudem dass Russland Revision der Note will, was Österreich nicht diskutieren kann.

Am 29. teilt Pourtalès Sasonow im Auftrag des Reichskanzlers mit, dass russische Mobilmachung gegen Österreich automatisch deutsche Mobilmachung zur Folge haben wird. Betont ausdrücklich auch in späteren Unterredungen, dass diese Mitteilung keine Drohung, sondern nur freundschaftliche Warnung vor den Folgen der von Russland beabsichtigten Massnahmen bedeute. Sasonow erklärt wiederholt, dass Russland keinerlei kriegerische

Absichten gegen Deutschland habe (dasselbe erklärt russischer Generalstabschef dem Major v. Eggeling). Russische Armee könne monatelang mobil bleiben, ohne dass daraus direkte kriegerische Massnahmen entstünden.

Am 29. nachm. erklärt Herr Sasonow dem Grafen Pourtalès dass russische Mobilmachung gegen Österreich bevorstehe, dass aber Russland vorläufig keine kriegerische Aktion gegen Österreich beabsichtige. Grund der Mobilmachung s. Telegramm 29. Juli nachm. Dazu teilt Chelius ein Gespräch aus Club mit Nikolai Michailowitsch mit, der sagt, dass Russland sich deshalb mit Mobilisation beeilen müsse, weil Österreich seit vorigem Jahr nicht ganz demobilisiert und deshalb zu seinem Vorsprung von 14 Tagen noch 6 dazu voraushabe.

Sasonow beharrt auf dem Standpunkt, dass Russland Serbien nicht im Stich lassen könne und ist allen Vorstellungen des Grafen Pourtalès, dass Österreich sein territoriales Desinteressement bewiesen hat, unzugänglich. Ebenso beharrt Sasonow darauf, dass Deutschland Österreich veranlassen müsse, seine Forderungen an Serbien zu modifizieren.

Unterredung, die Graf Pourtalès 29./30. nachts 12—11 $\frac{1}{2}$ hatte, drehte sich immer wieder um dieselben Punkte. Sasonow erklärt, Österreich müsse aus Note alles eliminieren, was auf europäische Politik Bezug hat. Im Stichlassen Serbiens würde Bestand der russischen Monarchie gefährden. Graf Pourtalès legt wiederholt den deutschen Standpunkt dar, dass österreichisch-serbischer Konflikt nur diese beiden Staaten angehe und dass Russland von Deutschland unmöglich dasselbe von Österreich zu tun verlangen könne, was Russland von Österreich gegen Serbien nicht dulden wolle, nämlich, dass Deutschland in einer die Souveränität Österreichs verletzenden Weise auf Österreich einwirke.

Diese Vorstellungen finden bei Sasonow kein Verständnis.

Englands Vorschlag einer Konferenz auch hier zwischen Sasonow und Pourtalès diskutiert, aber anscheinend ohne Erfolg, da Modalitäten und Aussichten der Konferenz nicht definierbar.

Mobilisationsdekret heute nacht 4 Uhr veröffentlicht des Inhalts, dass Mannschaft der Bezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan, die Kosakenheere von Don, Kuban, Terek, Astrachan, Orenburg, Ural einberufen, d. i. 14 Corps. Nach Eggeling geht aus dem Einberufungsbefehl hervor, dass auch die Marinemannschaften einberufen sind.

Weiterhinaus soll bis jetzt in den Bezirken Warschau, Wilna, Petersburg keine Einberufung vorliegen.

Grunelius

Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äussern

Bericht 226

Rom, den 30. Juli 1914

Angekommen 4. 8. 14.

Ich habe gestern abend den von Fiuggi hierher zurückgekehrten Botschafter von Flotow gesprochen. Er hält es trotz des grossen Ernstes der Lage noch immer nicht für völlig ausgeschlossen, dass der Krieg auf Österreich und Serbien beschränkt bleibe. Aus den ihm zugegangenen Nachrichten hat er den Eindruck empfangen, dass weder Frankreich noch Russland besonders für den Krieg gestimmt seien. Was Russland betreffe, sei es bezeichnend, dass der Kaiser sich jetzt nach Finnland begeben hätte. Schwieriger sei die Frage bezüglich Englands. Deutschland habe den Vorschlag Sir Edward Greys, eine Konferenz der Botschafter der vier weniger beteiligten Grossmächte zu berufen, vorläufig abgelehnt, weil schon Besprechungen im Gang seien zwischen dem russischen Minister des Äussern und dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg; es könnte übrigens Österreich durch eine Konferenz vergewaltigt werden, auch wolle Deutschland seinem Alliierten nicht in den Arm fallen; die Besprechung der Frage zwischen den Kabinetten sei einer Konferenz vorzuziehen; es sei auch nicht ausgeschlossen, dass man auf den Vorschlag Sir Edward Greys später zurückkomme; auch werde vielleicht ein Depeschenwechsel zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren eintreten — von einem solchen melden auch heute morgen schon die Zeitungen —.

Deutschland will vermeiden, den englischen Minister, der ehrlich für den Frieden ist, zu verletzen und ihn den Befürwortern des Krieges in die Arme zu treiben.

Die Verhandlungen des Botschafters mit der italienischen Regierung sind immer recht schwierig. Durch Beeinflussung der Presse wurde aber wenigstens eine einigermassen dreibundfreundliche Haltung derselben erreicht; gerade von den einflussreicheren Blättern jedoch sind einige, wie der „Corriere della Sera“ und der „Messaggero“ unzugänglich; — ich lege die heutige Nummer des „Messaggero“ bei mit einem Artikel des Sozialisten Bissolati, der sich für die Neutralität Italiens ausspricht —¹⁾.

Deutschland hat von der in Belgrad zu übergebenden österreichisch-ungarischen Note vorher Kenntnis erhalten und Italien sollte als verbündete Macht wenigstens kurz zuvor hiervon in Kenntnis gesetzt werden. Wegen Erkrankung des Botschafters von Mérey hat sich der Botschaftsrat am Tage, wo die Note in Belgrad übergeben werden

¹⁾ Liegt bei.

sollte, zum Marchese di San Giuliano nach Fiuggi begeben und hat ihm in allgemeinen Ausdrücken davon gesprochen, dass seine Regierung in einer Note an Serbien die verschiedenen Beschwerden zur Sprache bringen werde, die sie gegen die serbische Regierung zu erheben habe. Der Minister antwortete, diese Mitteilung sei so allgemein gehalten, dass er sich darauf gar nicht äussern könne; da man in so wichtigen Angelegenheiten schriftlich verkehren müsse, wolle er ihm dies schriftlich geben. Er tat dies und kann sich nun darauf berufen, dass er von dem Inhalt der Note vorher keine Kenntnis erhalten habe.

Marchese di San Giuliano hat die Absicht, nach Vallombrosa zu gehen, vorläufig aufgegeben und bleibt wenigstens die nächste Zeit in Rom.

Der König ist zum Gedächtnis-Gottesdienst für den König Umberto nach Rom gekommen, hat sich nach der Feier nach Santa Anna di Valdieri in Piemont begeben, wo sich Ihre Majestät die Königin befindet, wird aber in einigen Tagen nach Rom zurückkehren.

v. d. Tann

Nr. 60

Fernsprech-Meldung der Berliner Gesandtschaft

In München aufgenommen 31. Juli vorm. 7⁴⁵

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet sich in den Berliner massgebenden Kreisen nicht, dass die Demarche einen Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, dass die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Wir haben gestern abend, wie immer in diesen Tagen, im Bristol gegessen, das gegenwärtig eine Art Diplomatenbörse bildet. Wir fanden die Österreicher noch ernster wie in den letzten Tagen. Sie schwiegen vollständig.

Von den Reisen der bundesstaatlichen Minister hierher kann man sich nur wenig versprechen; zudem besteht noch die Gefahr, dass die Herren nicht mehr nach Hause kommen könnten.